#### **Niederschrift**

über eine Sitzung des Ausschusses für strategische Planung im Gesundheitswesen und Krankenhausangelegenheiten (Gesundheitsausschuss) der Gemeindevertretung der Stadtgemeinde Oberndorf bei Salzburg, welche am Montag, dem 24. Jänner 2005, um 16.00 Uhr, im Seminarraum des Krankenhauses Oberndorf stattgefunden hat.

## Tagesordnung:

- 1. Eröffnung und Begrüßung durch den Bürgermeister
- 2. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 02. Juni 2004
- 3. Bericht des Obmannes
- 4. Kooperationsvertrag mit der Privatmedizinischen Universität Salzburg
- 5. Ärztezentrum
- 6. Bericht der Krankenhausleitung
- 7. Stand Besetzung der Anästhesiestelle
- 8. Allfälliges

## **Anwesende:**

Bürgermeister Peter Schröder
GV Dietmar Innerkofler (i.V. von GV Josef Gönitzer)
Stadtrat Alois Wetsch
2. Vizebürgermeister Otto Feichtner
Stadtrat Mag. (FH) Johann Danner
Stadtrat Ing. Johann Bruckmoser
Stadtrat Dr. Patrick Weihs
GV Josef Hagmüller – in beratender Funktion

#### Abwesend:

GV Anna Schick GV Ing. Johann Schweiberer

#### Weiters anwesend:

Primar Dr. Manfred Umlauft, ärztl. Leiter Krankenhaus Oberndorf Michaela Schrumpf, Verwaltungsleitung Krankenhaus Oberndorf Marco Rosenberger, stv. Verwaltungsleiter Krankenhaus Oberndorf (erscheint um 17,30 Uhr) Entschuldigt abwesend:

Monika Oberndorfer, Pflegedienstleitung Krankenhaus Oberndorf

Amtsleiter: Dr. Gerhard Schäffer

Schriftführerin: Elfriede Kohl

### Verlauf und Ergebnisse der Sitzung:

## 1. Eröffnung und Begrüßung durch den Bürgermeister

<u>Bürgermeister Schröder</u> eröffnet um 16.00 Uhr die Sitzung und begrüßt die Ausschussmitglieder, weiters vom Krankenhaus Oberndorf KH-Verwaltungsdirektorin Michaela Schrumpf und Primar Dr. Umlauft.

Der Bürgermeister stellt fest, dass aufgrund der Anwesenheit von 7 Ausschussmitgliedern die Beschlussfähigkeit des Gremiums gegeben ist. Die Tagesordnung wurde mit der Einberufung zugestellt. Es bestehen keine Einwände.

# 2. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 02. Juni 2004

Da keine Wortmeldungen vorliegen, stellt der Bürgermeister den Antrag, das Protokoll der letzten Ausschusssitzung vom 02. Juni 2004 zu beschließen.

Offene Abstimmung (7 Ausschussmitglieder anwesend): Wird einstimmig beschlossen.

## 3. Berichte des Obmannes

<u>Bürgermeister Schröder</u> verweist auf eine Zeitungsannonce bezüglich der Hebammensprechstunde des Krankenhauses Oberndorf und ersucht die Krankenhausleitung um Erläuterung der damit verbundenen Haftungsfrage.

<u>Verwaltungsleiterin Schrumpf</u> erklärt dazu, dass die Beratung durch eine Hebamme im Rahmen ihrer Berufstätigkeit im Haus gratis durchgeführt wird. Die Beratung ist ein Spezialservice für werdende Mütter und erfolgt vom organisatorischen Ablauf ähnlich wie die Stillambulanz. Massgebend für die Beratung ist der Mutter-Kind-Pass und eine genaue Absprache mit Primar Dr. Rößlhuber. Dazu möchte sie erwähnen, dass erfreulicherweise die Geburtenanzahl im Vorjahr gesteigert werden konnte - entgegen dem aktuellen Geburtenrückgang und mit der Feststellung, dass diese Steigerung im Aufwärtstrend liegt.

<u>Bürgermeister Schröder</u> verweist auf das vorliegende Konzept vom Amt der Salzburger Landesregierung, Hofrat Dr. Grüner, bezüglich der Reduzierung der Bettenkapazität im Salzburger Zentralraum im Fach Gynäkologie und Geburtshilfe. Dieses Thema wurde auch im Gemeindevorstand diskutiert. In Oberndorf sollten ursprünglich fünf Betten gestrichen werden. Nach unserer Stellungnahme bleibt jedoch der bisherige Stand erhalten. Wir haben den Bedarf dieser fünf Betten mit der Wirtschaftlichkeit und der Aufrechterhaltung des Primariats begründet.

### 4. Kooperationsvertrag mit der Privatmedizinischen Universität Salzburg

<u>Bürgermeister Schröder</u> führt dazu aus, dass in der letzten Gemeindevertretungssitzung über die Rahmenvereinbarung eines Kooperationsvertrages mit der Privatmedizinischen Universität Salzburg diskutiert wurde. In diesem Vertrag wird der Wunsch an das Krankenhaus Oberndorf bzw. den Rechtsträger herangetragen, Studenten im letzten Studienabschnitt ein Praktikum zu gewähren.

Herr Bürgermeister richtet die Frage an die Krankenhausleitung, ob damit eine Reduzierung der Aufnahme von Turnusärzten und den üblichen Pflichtfamulanten bzw. ob eine finanzielle Belastung damit verbunden ist.

<u>Primar Dr. Umlauft</u> erklärt dazu, dass die Befragung an alle umliegenden Krankenhäuser sowie auch im benachbarten Bayern herangetragen wurde, Studenten der medizinischen Universität Salzburg im Rahmen der Medizinerausbildung pro Semester aufzunehmen. Die Aufnahme dieser Praktikanten hat keinen Einfluss auf die Aufnahme von Turnusärzten.

Er befürwortet diese Kooperation auch deshal, um den Synergieeffekt in anderen Bereichen zu schaffen. Ein weiterer bereichernder Aspekt ist auch die Imagewirkung eines Lehrkrankenhauses.

Amtsleiter Dr. Schäffer bemerkt dazu, dass in der Gemeindevertretung darauf hingewiesen wurde, Punkt 8 der Rahmenvereinbarung aus dem Vertrag zu nehmen, in dem es um die Bereitstellung von Unterkünften der Studenten geht.

<u>Verwaltungsleiterin Schrumpf</u> führt dazu aus, dass auf Grund der Nähe zur Mutteruniversität keine Unterkunft notwendig ist. Außerdem entsteht durch die Aufnahme der Studenten keine finanzielle Belastung, da die erforderliche Haftpflichtversicherung ein reiner Formalakt ist und diese mit Verpflegung und Dienstkleidung gegenverrechnet wird. Die daraus entstehenden geringen Mehrkosten werden wiederum durch die Einnahme der Lehrgelder abgegolten. Zur Klärung bezüglich der Nachzahlung einer Pflichtversicherung von Famulanten werden in Kürze noch Gespräche mit der ARGE der KH-Verwaltungsleiter geführt, da eine Nachzahlung der geforderten Beiträge sicherlich nicht in Frage kommt.

<u>GV Innerkofler</u> weist darauf hin, dass darauf zu achten ist, den üblichen Pflichtfamulanten nicht den Platz wegzunehmen, die während der Ferienzeit im Krankenhaus ihr Praktikum absolvieren.

Der KH-Ausschuß kommt einstimmig überein, eine Empfehlung an die Gemeindevertretung abzugeben, den Kooperationsvertrag abzuschließen. Weiters ist Punkt 8 des Vertrages, bezüglich der Bereitstellung von Unterkünften, zu streichen. Außerdem ist darauf zu achten, dass es für Pflichtfamulanten zu keiner Schlechterstellung kommt.

# 5. Ärztezentrum

<u>Bürgermeister Schröder</u> führt dazu aus, dass vor Beginn dieser Sitzung ein kurzes Gespräch mit Architekt Soyka, einem Betreiber von Ärztezentren, der Krankenhausleitung und dem Amtsleiter stattgefunden hat. In diesem Gespräch wurden einerseits vom Experten mögliche Varianten zum Thema Ärztezentrum erläutert, andererseits wurde die Konzeption, wie sie seitens des Hauses erarbeitet wurde, ebenfalls hier erläutert.

Die Haltung der Stadtgemeinde ist klar. Die Stadt steht hinter der Errichtung eines Ärztezentrums. Eine finanzielle Beteiligung ist nicht vorstellbar. Das vorhandene Grundstück wird durch die Stadt gegen Entgelt zur Verfügung stehen. Nun geht es um die weitere Vorgehensweise bzw. Erarbeitung eines Ausschreibungskataloges der interessierten Ärzte.

<u>Primar Dr. Umlauft</u> führt dazu aus, dass die Pläne schon seit Jahren existieren und die Überlegungen an die laufenden Änderungen angepasst werden müssen. Anhand des neuen österreichischen Gesundheitsstrukturplanes müssen gewisse Qualitätskriterien für stationäre Einrichtungen berücksichtigt werden. Die Überlegungen in Bezug auf das Ärztezentrum sind Synergien zu den stationären Einrichtungen des Krankenhauses zu schaffen, die den stationären mit dem niedergelassenen Bereich der ärztlichen Versorgung ergänzen.

Die derzeitige Rechtslage widerspricht jedoch dieser Ansicht, da laut Gesetz eine Konsiliararzttätigkeit nicht mehr vorgesehen ist. Da der derzeitige HNO-Konsiliararzt mit Ende März in Pension geht, ist zu überlegen, welche Form hier angestrebt werden sollte, um die ärztliche Versorgung auf diesem Gebiet im Raum Oberndorf aufrecht zu halten. Die Kooperation mit dem Krankenhaus Oberndorf sollte vor allem auf wirtschaftlicher und struktureller Basis gegeben sein. Das Problem liegt sicherlich darin, dass laut neuen Kriterien Fachärzte eines Krankenhauses rund um die Uhr anwesend sein müssen.

<u>Stadtrat Wetsch</u> erkundigt sich, ob die Stadtgemeinde Oberndorf in Bezug auf das bereits vorliegende Konzept einen Vorteil hat gegenüber den anderen Gemeinden, welche sich ebenfalls um ein Ärztezentrum bemühen.

<u>Primar Dr. Umlauft</u> erklärt dazu, dass die Stadtgemeinde Oberndorf bzw. die Region sehr wohl in dieser Hinsicht einen besonderen Vorteil hat, erstens durch das bestehende Krankenhaus und zweitens durch die abgeschlossene Region.

<u>Verwaltungsleiterin Schrumpf</u> führt dazu aus, dass ein großer Vorteil darin besteht, dass für Umstrukturierungsmassnahmen im Gesundheitswesen für das Jahr 2005 und 2006 Reformgelder zur Verfügung stehen.

<u>Bürgermeister Schröder</u> erklärt dazu, dass es in Bezug auf das Ärztezentrum im Vorfeld bereits sehr viele Gespräche mit der Ärztekammer, der Gebietskrankenkasse und mit den ressortverantwortlichen Beamten des Landes gegeben hat. Da für das Jahr 2005 und 2006 Strukturmittel vorhanden sind, sollte man versuchen, so bald wie möglich in die Umsetzungsphase zu gelangen.

<u>Primar Dr. Umlauft</u> bemerkt dazu, dass eine Recherche unbedingt notwendig ist, welcher Bedarf an Fachärzten in der Region gegeben ist. Bei diesem Modell wurde in erster Linie an eine Verbesserung der Infrastruktur gedacht, wobei sich die Planung auf sechs Fachordinationen mit relativ geringen Raumausmaßen beschränkt. Eine Kostenermittlung in dieser Hinsicht ist sicherlich schwierig, da die Mietkosten dieser Ordinationen vom Betreiber bzw. vom Markt bestimmt werden.

<u>Stadtrat Mag. (FH) Danner</u> bemerkt, dass die Nachfrage an Kassenstellen nach wie vor in der Bevölkerung vorherrscht.

<u>Bürgermeister Schröder</u> verweist darauf, dass nach mehreren Gesprächen mit Herrn Dr. Seiss von der Gebietskrankenkasse feststeht, dass es zur Zeit keine neuen Kassenstellen im Raum Oberndorf geben wird. Einen Kassenarzt für Radiologie zu bekommen, ist leider zur Zeit nicht möglich.

<u>Stadtrat Wetsch</u> erkundigt sich, welche Grundvoraussetzungen notwendig sind, um mit dem Bau des Ärztezentrums beginnen zu können.

<u>Bürgermeister Schröder</u> führt dazu aus, dass das Konzept in Erarbeitung ist. Es ist wichtig im Vorfeld zu eruieren, welche Facharztstellen hier unterkommen sollten, daraus kann man dann die Kubatur erheben. Nach einer Kostenschätzung kann der Quadratmeterpreis berechnet werden. Die bisherige Schätzung beläuft sich auf €8,-- bis €12,-- pro m².

Abschließend zum Thema Ärztezentrum bemerkt der Bürgermeister, dass dieses Projekt durchaus seine Berechtigung hat, zumal es in voller Ergänzung mit dem Krankenhaus steht.

Der Bürgermeister hält fest, dass die Grundsatzmeinung im Krankenhausausschuss besteht, dass ein Ärztezentrum in Anbindung an das Krankenhaus entstehen soll.

## 7. Stand Besetzung der Anästhesiestelle (wird vorgezogen)

Bürgermeister Schröder führt aus, dass die Besetzung der Primararztstelle für Anästhesie ausgeschrieben und die Reihung durch den Landessanitätsrat vorgenommen wurde. Von den drei restlichen Bewerbern hat der Erstgereihte kein Interesse, somit bleiben noch zwei Bewerber. Bürgermeister Schröder ersucht die Krankenhausleitung um einen kurzen Bericht der weiteren Vorgangsweise.

<u>Primar Dr. Umlauft</u> erklärt dazu, dass von sechs Bewerbungen zwei Interessenten für diese Stelle verblieben sind, mit denen nun verhandelt werden muss.

<u>Bürgermeister Schröder</u> hält dazu fest, dass es mit den Landeskrankenanstalten Gespräche gegeben hat, bei denen es darum ging, dass bei Besetzung eines Primariats in der Anästhesie die Synergieeffekte genützt werden und die gesamte Anästhesie durch unser Haus anzubieten.

<u>Verwaltungsleiterin Schrumpf</u> verweist auf ein Gespräch mit den zuständigen Herren der Landeskrankenanstalten, in welchem es um die weitere Kooperation im Zusammenhang mit der Orthopädie und die damit angesprochene Zusammenarbeit mit der Anästhesie ging. Es wird dahingehend noch verhandelt, ob die Anästhesie vom Krankenhaus Oberndorf angeboten wird oder umgekehrt. Dasselbe gilt auch für die Physiotherapie.

In Kürze wird es ein Gespräch über eine gemeinsame Gesundheitsplanung und ein gemeinsames Finanzierungssystem mit Landeshauptfrau Mag. Gabi Burgstaller, den Landeskrankenanstalten und der Krankenhausleitung geben.

<u>Bürgermeister Schröder</u> ersucht um terminliche Absprache mit ihm, da er an diesem Gespräch teilnehmen möchte.

<u>Stadtrat Dr. Weihs</u> erläutert dazu, dass es sicherlich wichtig ist, eine langfristige Planung zur Sicherung des Standortes Krankenhaus Oberndorf anzustreben. Er denkt dabei an die derzeitige Unterversorgung im Bereich Geriatrie oder Psychosomatik.

<u>Primar Umlauft</u> bemerkt dazu, dass auch die im Hause befindliche Orthopädie für die Zukunft unbedingt notwendig sein wird. Hierzu müssen ebenfalls Überlegungen angestellt werden, ob eine eventuelle zukünftige Übergabe von den Landeskrankenanstalten an das Krankenhaus Oberndorf erfolgt.

<u>Verwaltungsleiterin Schrumpf</u> führt dazu aus, dass der Bereich Akutgeriatrie, allgemeine Geriatrie und Palliativmedizin vom derzeit erforderlichen Verwaltungs- und Finanzierungsaufwand gesehen, für ein kleines Krankenhaus nicht realisierbar ist.

## 6. Bericht der Krankenhausleitung

<u>Verwaltungsleiterin Schrumpf</u> erklärt dazu, dass der eigentliche Leistungsbericht für 2004 nach Rechnungsabschluss erfolgen wird. Sie erläutert dem Ausschuss den vorliegenden Bericht, welcher dem Protokoll beigeschlossen ist.

Frau Schrumpf erwähnt die Steigerungen im stationären Bereich der Sonderklasse und vor allem im ambulanten Bereich der Internen Station, welche vorwiegend auf die Spezialambulanzen der Rheumatologie und Hepathologie zurückzuführen sind. Eine Entlastung der Ambulanz wird sicherlich mit dem geplanten Ärztezentrum erfolgen.

Erfreulicherweise erfolgte auch im Bereich der Geburtshilfe eine Steigerung von jährlich durchschnittlich 406 Geburten auf 460, entgegen dem aktuellen Trend des Geburtenrückganges und obwohl noch keine bauliche Maßnahme in dieser Station erfolgte. Dies ist sicherlich auf die Rundum-Versorgung sowie auf die Steigerung der Qualitätskriterien zurückzuführen. Frau Schrumpf schlägt vor, einen speziellen Arbeitskreis zu bilden, da manchmal für aktuelle Situationen eine kurzfristige Entscheidung dringend zu treffen wäre.

<u>Stadtrat Mag. (FH) Danner</u> bemerkt dazu, dass dafür der Krankenhausausschuss besteht, kurzfristige Entscheidungen zu fällen und aktuell anstehende Probleme zu besprechen. Grundsätzlich ist in diesem Ausschuss eine breite Vertretung aller Fraktionen gegeben, dass man hier sicherlich Entscheidungen treffen kann, ohne auf die nächste Gemeindevertretungssitzung warten zu müssen.

<u>Bürgermeister Schröder</u> führt dazu aus, dass in der nächsten Gemeindevertretungssitzung darüber beraten bzw. ein Beschluss getroffen wird.

Amtsleiter Dr. Schäffer bemerkt dazu, dass die Gemeindevertretung dem Ausschuss die Kompetenz übertragen muss, um eine Entscheidung treffen zu können, ansonsten stellt ein Ausschuss lediglich ein beratendes Gremium dar.

# 8. Allfälliges

Stadtrat Wetsch fragt an, ob beim Parkplatz Nord noch Veränderungen geplant sind.

<u>Verwaltungsleiterin Schrumpf</u> führt dazu aus, dass geplant ist, den Innenhof neu zu gestalten, jedoch fehlen derzeit die entsprechenden Mittel. Geplant ist, dass der Zugang bzw. die Zufahrt offener und im Zuge dessen auch die Schrankenregelung und die Beschilderung geändert wird.

<u>Stadtrat Mag. (FH) Danner</u> verweist darauf, dass die letzte Sitzung schon sehr lange zurückliegt. Am nächsten Tag erfolgte die Pressemitteilung des Bürgermeisters in Sachen Abtreibung im Krankenhaus Oberndorf. Er ersucht Herrn Bürgermeister, wenn es um so weitreichende Dinge geht, vor allem im erwähnten zeitlichen Zusammenhang mit der vorhergehenden Sitzung, dies vorher im Ausschuss zu besprechen.

<u>Bürgermeister Schröder</u> bemerkt dazu, dass er sich am Tag der Sitzung bei der Krankenhausleitung informierte, wie die Haltung des Hauses zu diesem Thema sei, welches in den Medien sehr aktuell war. Am nächsten Tag wurde er vom ORF darüber interviewt. Er verweist darauf, dass er als Bürgermeister der Stadtgemeinde Oberndorf sicherlich seine eigene Meinung darüber bekunden darf.

Stadtrat Dr. Weihs schlägt zum Thema Ärztezentrum vor, wenn eine Konkretisierung dieses Projektes mit dem Investor erfolgt, sollten die bereits niedergelassenen Fachärzte und Interessenten zu einem gemeinsamen Gespräch geladen werden. Es geht vor allem darum, dass die Investoren von den Wünschen und Vorstellungen der interessierten Fachärzte unterrichtet werden.

<u>Primar Dr. Umlauft</u> erklärt dazu, dass Dr. Auer bei der Erstellung dieses Modells beteiligt war und für die Koordinierung von der Krankenhausleitung beauftragt wurde. Er erwähnt außerdem, dass seiner Meinung nach dieser Ausschuss für strategische Planung nicht nur eine Holschuld haben sollte, sondern auch eine Bringschuld. Es wäre wünschenswert zu erfahren, welche Strategie die Gemeinde bzw. der Ausschuss verfolgt, da es nicht Aufgabe des Krankenhausleiters ist, die Strategie im Gesundheitswesen im nördlichen Flachgau zu ent-

<u>Stadtrat Wetsch</u> erklärt dazu, dass es für die Gemeindevertretung sehr wichtig ist, Informationen, welche das Krankenhaus betreffen, direkt von der Krankenhausleitung zu erhalten. Der Ausschuss wird sich bemühen, die gegenseitige Basis zu bestärken, zumal in dieser Periode erfreulicherweise auch ein Arzt dabei ist.

wickeln.

<u>Bürgermeister Schröder</u> führt dazu aus, dass speziell das Verständnis der Krankenhausfinanzierung für einen Gemeindevertreter äußerst schwierig ist. Das Modell Krankenhaus Oberndorf wurde von der Gemeindevertretung immer mitgetragen und diskutiert. Es geht hier vor allem um die Meinungsbildung der Gemeindevertretung. Die Informationen sowie auch die Diskussionen mit der Krankenhausleitung sind deshalb in diesem Ausschuss von großer Wichtigkeit.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, bedankt sich der Bürgermeister bei allen Anwesenden und schließt die Sitzung um 18.17 Uhr.

Die Schriftführerin:	Der Obmann:
Flfriede Kohl	BGM Peter Schröder